



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg *Verk A*
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER

13. MAI 2016

Tel: (0911) 231-5091

Fax: (0911) 231-2930

gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)

U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 13.05.2016

**Job Ticket auch für staatliche Beschäftigte
Umweltfreundliche Mobilität belohnen**

<input checked="" type="checkbox"/>	1	Zur Kts.	3	Zur Stellungnahme
<input checked="" type="checkbox"/>	2	Zur V.	4	Antwort vor Absendung vorlegen
<input checked="" type="checkbox"/>	3	Zur V.	5	Antwort zur Unterschrift vorlegen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Job Tickets bzw. Firmenabos bieten einen Anreiz den Weg zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen. Sie sind daher ein wichtiger Bestandteil eines betrieblichen Mobilitätsmanagements. Mit den bisher existierenden Job Ticket Vereinbarungen trägt die Stadt Nürnberg als öffentliche Arbeitgeberin dazu bei Kfz-Verkehre auf öffentliche Verkehrsträger zu verlagern und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Neben den städtischen ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen sind in Nürnberg auch staatliche Bedienstete beheimatet. Sei es in Schulen, in Ministerien oder an den Universitäten. Bisher hat das Staatsministerium der Finanzen, Landesentwicklung und Heimat allerdings nur Job-Ticket-Vereinbarungen mit der Deutschen Bahn (DB), dem Münchner Verkehrsverbund (MVV) und der Bayerischen Oberlandbahn (BOB und MERIDIAN) abgeschlossen. Im VGN Verbundgebiet existieren bislang nur an einzelnen Dienststellen private „Job-Ticket-Vereine“, die sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die einer Dienststelle des Freistaats Bayern angehören. Das Fehlen einer generellen Lösung führt nun dazu dass, einzelne Betriebsräte – aktuell beispielsweise bei der FAU – extra Verhandlungen führen müssen und jeweils zu den bereits bestehenden KundInnen eines VGN-Jahresabonnements mindestens 20 Prozent NeukundInnen hinzukommen müssen. Eine generelle Lösung für die staatlichen Beschäftigten könnte neben einem effektiven Beitrag zum Klimaschutz auch den hohen Anteil des PKW-Verkehrs, unter dem die Stadt Nürnberg bereits jetzt leidet, reduzieren.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung berichtet, ob und wie der Verkehrsverbund VGN eine Rahmenvereinbarung mit dem Freistaat Bayern für das Firmenabo abschließen kann, so dass zukünftig auch die Beschäftigten des Freistaats Bayern im Verbundgebiet des VGN das Firmenabo nutzen können.

Mit freundlichen Grüßen

A. Mletzko

Achim Mletzko
Fraktionsvorsitzender

www.gruene.rathaus.nuernberg.de